Argentinisches Tageblatt
www.tageblatt.com.ar • @ATdeBuenosAires • argentinischestageblatt
Seit 1889
Freitag, 7. Dezember 2018
129. Jahrgang Nr. 32.218

Sorge um Freihandelsabkommen

Merkel und Macri beraten über EU-Mercosur-Vertrag

Buenos Aires (dpa/mc) - Präsident Mauricio Macri und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben am Rande des G20-Gipfels über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem hiesigen Wirtschaftsbündnis Mercosur beraten. Merkel äußerte bei dem Treffen in Buenos Aires ihre Besorgnis über die stockenden Verhandlungen, wie das argentinische Präsidialamt am Samstag mitteilte. Die EU und der Mercosur (Mercado Común del Sur) führen seit 1999 Gespräche über freien Handel zwischen beiden Seiten.

Angela Merkel und Mauricio Macri.

Angesichts zunehmender Handelskonflikte hat Merkel immer wieder das Potenzial eines solchen EU-Mercosur-Abkommens betont. Es würde eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen, die rund 800 Millionen Menschen umfasst. Die Verhandlungen sind aber immer wieder ins Stocken geraten, vor allem wegen des Streits über den Agrarsektor und über die Senkung von Zollschranken für diesen Wirtschaftszweig.

Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron warnte am Samstag in Buenos Aires vor Journalisten, sein Land werde keinen Freihandelsvertrag unterzeichnen, der nicht das Pariser Klimaabkommen respektiere. Brasiliens gewählter Präsident Jair Bolsonaro hat den Klimavertrag wiederholt kritisiert und mit dem Ausstieg seines Landes gedroht.

Merkel und Macri sollten ursprünglich am Freitag vor Eröffnung des G20-Gipfels zu dem Gespräch zusammenkommen. Das bilaterale Treffen wurde wegen der verspäteten Ankunft Merkels infolge einer technischen Panne ihres Regierungsflugzeugs verlegt. Bei Merkels Regierungsflieger „Konrad Adenauer“ war das Kommuni-

Weiterlesen

Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien
Proteste bleiben friedlich 3
Die Woche in Argentinien 4

Meinung
Die Malwinen 5
Im Blickfeld: Merz oder AKK 6
Randglossen 8

Wirtschaft
Zitronenexporte nach den USA 9
Die statistische Ermittlung der Ernten 10
Steuereinnahmen im November: +33,7% 11
Argentinien 12
Lateinamerika 14
Geschäftsnachrichten 15

Wirtschaftsübersicht
Der G20-Gipfel: ein Erfolg für Macri 16
Der lange Schatten der Politik 19

kationssystem ausgefallen. Die Maschine musste in Köln notlanden. Die Bundeskanzlerin reiste schließlich mit einem Linienflug der spanischen Fluggesellschaft Iberia nach Buenos Aires.

Vor diesem Hintergrund hob der argentinische Präsident hervor: „Trotz der Probleme, die Angela Merkel hatte, ist sie mit einem Linienflug hierhergekommen. Dies zeigt auch die Zuneigung, die sie zu den Argentiniern hat.“ Macri lobte zudem Merkels Beitrag am Gelingen des Gipfels. Die Bundeskanzlerin habe entscheidend zur Verabschiedung der Abschlusserklärung beigetragen, die nach dem Scheitern auf dem G7-Gipfel (im Juni in Kanada) niemand erwartet habe.

Bei dem Gespräch ging es, wie Macri ausführte, des Weiteren um Investitionen sowie die Entwicklungsmöglichkeiten mittelständischer Wirtschaft im bilateralen Bereich. Der Präsident betonte: „Beim nächsten bilateralen Regierungstreffen wird mein Interesse darauf gerichtet sein, Bedingungen zu schaffen, dass kleine und mittlere Unternehmen weiter expandieren.“

Zurück zum Inhalt | Zum nächsten Artikel

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410, C 1426 AHB Buenos Aires
- Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 / 4780-4353
- Internet: www.tageblatt.com.ar
- E-Mail: info@tageblatt.com.ar
  atda@tageblatt.com.ar (Digitale Ausgabe)
  vereine@fibertel.com.ar (Gemeinschaften)
  atpublicidad@fibertel.com.ar (Anzeigenabteilung)
  atsuscripciones@fibertel.com.ar (Abonnements)
- Twitter! @ATdeBuenosAires
- Facebook argentinischestageblatt

Redacción y Administración:
Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: Nº 47.261.704

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“
Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)

Medienpreis *Dialog für Deutschland 2012*

Swiss Award 2013

Proteste bleiben friedlich

Massives Sicherheitsaufgebot / Buenos Aires wird nicht Hamburg

Buenos Aires (mc/dpa) - „Wir kritisieren die Unterwerfung der Macri-Regierung unter die Politik, die von der G20-Gruppe vorangetrieben wird - wie beispielsweise das Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), das uns unbezahlbare Schulden und dauerhaften sozialen Kahlschlag auferlegt.“ Nora Cortiñas von den Müttern der Plaza de Mayo (Gründungslinie) war es vorbehalten, auf dem Platz vor dem Kongress die Erklärung vorzulesen. Auf diese hatten sich die 55 Gruppierungen verständigt, die am vorigen Freitag zur großen Demo gegen den G20-Gipfel aufgerufen hatten.

Von der Avenida 9 de Julio waren mehrere Tausend Teilnehmer auf die Avenida de Mayo gebogen, um sich dem Kongressgebäude zu nähern. Dort fand unter dem Motto „Nein zu G20, raus mit Trump und allen imperialistischen Führern, weg mit dem Abkommen zwischen Macri und dem IWF“ die kurze Kundgebung statt. Das Wichtigste: Es blieb ruhig und friedlich. Die befürchteten Gewaltszenen wie vor knapp anderthalb Jahren beim G20-Treffen in Hamburg blieben diesmal aus. Ein massives Aufgebot von 25.000 Sicherheitskräften hatte die Stadt abgeriegelt, die wie leergefegt wirkte. Da auch Bus- und Zugverbindungen unterbrochen waren, kamen zur Demonstration deutlich weniger Teilnehmer als erwartet.

Es waren vor allem einheimische politische Gruppierungen aus dem linken politischen Spektrum, die an dem Protestzug teilnahmen. In dessen erster Reihe protestierten einige Frauen mit vollem Körpereinsatz: Sie hatten sich die Flaggen der Mitgliedsländer auf den nackten Oberkörper gemalt. So marschierten Brasilien, die Türkei, Frankreich und China Seite an Seite. „Sie wollen Krieg und wir lassen sie nicht in Frieden“ war auf ihrem Transparent zu lesen.

Während der Gipfeltage gab es vor dem Kongress parallel zum Treffen der Mächtigen an der Costa Salguero den „Gipfel der Anderen“. Beim „Forum der Völker“ diskutierten die Teilnehmer über ungerechte Gesundheitssysteme und eine fehlende Besteuerung von Internetgiganten wie Amazon - aber auch wie Argentinien die Malwinen von Großbritannien zurückbekommen könnte.

Im Protestlager wurde eine Frau besonders als Hassobjekt gesehen: Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde. Seit die Macri-Regierung bei der Kreditorganisation der Vereinten Nationen einen Milliardenkredit aufnahm, fürchten viele weitere Sozialkürzungen durch IWF-Auflagen.

Der Demonstrationszug auf der 9 de Julio.

Melisa Cáceres ist Koordinatorin von „Barrios de Pie“ - sie kümmern sich mit 6000 Leuten in armen Vierteln um Dinge, wo der Staat nicht mehr da ist - Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Angebote für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind. „Wir sind gegen die Regierungen der G20 - was tun sie für die Menschen ganz unten?“

Schon in Hamburg, als ganze Straßenzüge brannten, war Andi König (53) dabei - an den Absperrgittern am Kongress haben er und einige Mitstreiter ein Banner angebracht: „Confluencia de Resistencias - Hamburgo saluda a Buenos Aires“ („Zusammenkunft der Widerstände - Hamburg grüßt Buenos Aires“).

König meint: „Hier geht die Wirtschaft den Bach runter, ganz viele Leute sind auf der Straße. Das hat alles auch mit der Politik der G20 zu tun.“ Sie seien auch für Deregulierung und Fluchtursachen verantwortlich, für Ungerechtigkeit, Zerstörung der Umwelt. Es gebe viel Brimborium und enorm hohe Ausgaben. „Für was? Für schöne Fotos.“

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Die Woche in Argentinien

Kritik am Kommuniqué

Aktivisten haben scharfe Kritik an den Ergebnissen des Gipfels der Staats- und Regierungschefs der großen Wirtschaftsnationen (G20) in Buenos Aires geübt. „Es ist schockierend, dass im gesamten Kommuniqué der Begriff soziale Ungleichheit nicht ein einziges Mal auftaucht“, sagte Jörn Kalinski von Oxfam nach Abschluss des Gipfels am Samstag. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sei eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. „Sie zerfrisst unsere Gesellschaften, ist ökonomisch unsinnig und bedroht die Demokratie.“ Ohne die Reduzierung der Ungleichheit werde das Ziel, die extreme Armut bis zum Jahr 2030 beseitigen zu wollen, nicht erreicht werden. „Wir brauchen dringend ein wirkliches Umdenken und eine andere Politik, denn wachsende Ungleichheit ist das Resultat der Politik gerade auch der G20 über die letzten Jahrzehnte“, sagte Kalinski. Dieses Vorhaben gehöre auf die Tagesordnung eines jeden G20-Gipfels. Die Schaffung einer entsprechenden Arbeitsgruppe in der „Gruppe der 20“, die sich beständig mit sozialer Ungleichheit beschäftigt, sei deswegen überfällig.

Keine Haftverkürzung

Die höchst umstrittene „Zwei für eins“-Regelung für Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt sind, ist vom Tisch. Dies entschied der Oberste Gericht am Dienstag per Mehrheitsentscheidung. „Zwei für eins“ bedeutete, dass Jahre, die die Betroffenen vor ihrer Verurteilung in Untersuchungshaft verbracht haben, doppelt angerechnet würden. Somit hätte die Haftzeit insgesamt deutlich verkürzt werden können. Entzündet hatte sich die Polemik am Fall von Luis Muiña, der während der letzten Militärdiktatur der berüchtigten Einsatzgruppe SWAT der Bundespolizei angehörte. Zu seinen Opfern gehörte auch Laura Carlotto. Sie war die Tochter von Estela de Carlotto, der heutigen Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation „Großmütter der Plaza de Mayo“. Im vergangenen Jahr hatte der Oberste Gerichtshof bestimmt, die erwähnte Regelung auf Muiña anzuwenden. Dies zog Proteste in breiten Teilen der Bevölkerung nach sich. Im Kongress wurde ein „Korrekturgesetz“ verabschiedet, was nun auf den Fall Muiña bezogen wurde. Lediglich Carlos Rosenkrantz, der neue Vorsitzende des höchsten Gerichtshofs, votierte dagegen.

Schuss ohne Warnruf

Die Sicherheitskräfte der Nation können ab sofort von der Schusswaffe Gebrauch machen, ohne vorher einen Warnruf abgegeben zu haben. Die Waffe darf auch eingesetzt werden, wenn zuvor keine direkte Aggression gegen den Beamten vorlag. Auch kann künftig geschossen werden, wenn sich ein Verdächtiger auf der Flucht befindet. Diese umstrittene neue Richtlinie für Bundespolizei, Flughafenpolizei, Wasserschutzpolizei (Prefectura) und bewaffnete Bundespolizei (Gendarmería) unterzeichnete Sicherheitsministerin Patricia Bullrich. „Bislang konnten die Sicherheitskräfte die ‚Waffen nicht einsetzen, um sich selbst oder die Bürger zu verteidigen“, begründete die deutschstämmige Politikerin, die in ihrer Jugend der Guerrilla-Organisation Montoneros angehörte, die Maßnahme. Die Bekanntmachung sorgte im Regierungslager für Polemik. So erklärte Koalitionspartnerin Elisa Carrió: „Die neue Verordnung zum Schusswaffengebrauch verletzt grundlegende Menschenrechte.“ Die Position ihrer Partei, der Bürgerlichen Koalition, steckte Carrió mit deutlichen Worten ab: „Wir werden nicht in den Faschismus marschieren.“

Verdächtiger gefasst

Nach den Ausschreitungen vor dem Final-Rückspiel der Copa Libertadores zwischen den Hauptstadtclubs Boca Juniors und River Plate hat die Polizei einen mutmaßlichen Täter festgenommen. Der Mann sei nach der Auswertung von Videos aus sozialen Netzwerken und Aufnahmen von Überwachungskameras in La Matanza gefasst worden, teilte die Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Ihm werde schwere Sachbeschädigung und fahrlässige Körperverletzung vorgeworfen. Am 24. November hatten River-Fans den Teambus von Boca auf dem Weg ins Stadion mit Steinen angegriffen. Dabei wurden mehrere Fußballprofis verletzt. Nun soll die Partie zwischen River Plate und Boca Juniors am Sonntag in Madrid stattfinden (siehe Sport).

Neuer DAIA-Chef

Jorge Knoblovits ist neuer Vorsitzender des Dachverbands der jüdischen Vereinigungen in Argentinien (DAIA). Die Wahlversammlung im Hotel Abasto Plaza wählte den Rechtsanwalt mit 66 Prozent der Stimmen. Der Gegenkandidat Leonardo Jmelnitzky brachte es nur auf 33 Prozent. Knoblovits war in der Vergangenheit bereits als Generalsekretär der DAIA tätig. Seine Amtszeit ist nun auf drei Jahre ausgelegt. Erster Vizepräsident ist David Stalman, neuer Generalsekretär Alejandro Zuchowicki. Knoblovits folgt Alberto Indij an der DAIA-Spitze nach. Dieser hatte das Amt interimsmäßig ausgeübt, nachdem Ariel Cohen Sabban im Mai dieses Jahres zurückgetreten war. Gegen Letzteren hatte die Schauspielerin Esmeralda Mitre den Vorwurf der sexuellen Belästigung erhoben.

(AT/mc/dpa)

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Die Malwinen

Von Juan E. Alemann

Die Anwesenheit der britischen Premierministerin Theresa May in Buenos Aires anlässlich des 20G-Gipfels war eine glänzende Gelegenheit, um einen Fortschritt bei der Frage der Inseln im Südatlantik zu erreichen, die für Argentinien Malwinen und für Großbritannien Falklands heißen. Diese Gelegenheit hat Präsident Macri verpasst. Schade.

Von Anerkennung der argentinischen Souveränität kann selbstverständlich nicht die Rede sein. Großbritannien hat einen Krieg gewonnen, und die Regierung kann rein innenpolitisch die Inseln nicht an Argentinien abgeben. Man muss jetzt von vorne beginnen und anstreben, die guten Beziehungen zu den Inselbewohnern wieder herzustellen, die vor April 1982 bestanden.

Die argentinischen Regierungen haben sich schon immer um die Anerkennung der Souveränität bemüht. Doch jahrzehntelang beschränkte sich dies auf groß klingende Erklärungen. Erst 1971, unter General Alejandro Lanusse als Präsident, wurden zwei Wochenflüge der staatlichen LAPA von Comodoro Rivadavia bis Port Stanley eingeführt. Das hatte eine große Wirkung, mit zahlreichen Reisen in beide Richtungen, wobei sich auch persönliche Freundschaften bildeten. Für die Malwinenser, genannt Kelpers, führte dies zu einer notorischen Verbesserung ihrer Lebensqualität. Sie waren nicht mehr von der Welt isoliert. Obwohl der argentinische Souveränitätsanspruch historisch begründet ist, weil Argentinier zuerst dort waren, ist in Wirklichkeit das geographische Argument wesentlich.

Großbritannien zeigte vor dem Krieg kein großes Interesse an den Inseln. Früher dienten sie der Versorgung von Schiffen, die über die Magellanstraße nach dem fernen Orient fuhren. Jetzt verwenden die Schiffe den Panama-Kanal, oder sie brauchen keine Zwischenstation, um sich zu versorgen. Unter der letzten Regierung von Perón, im Jahr 1974, gab es einen britischen Vorschlag, um die Inseln gemeinsam zu verwalten. Perón sagte zu, weil er erkannte, dass dies ein erster Schritt war. Doch kurz danach starb er, und seine Nachfolgerin Isabel Perón ließ sich von wirklichkeitsfremden Nationalisten beeinflussen und lehnte den Vorschlag ab. Eine tragische Entscheidung.

Die Militärregierung, die im März 1976 antrat, ließ den Status quo zunächst bestehen, auch weil es innerhalb der Militärs unterschiedliche Meinungen gab. Schließlich entschied General Leopoldo Galtieri, der dritte Präsident jener Regierung, die Inseln mit Truppen zu besetzen. Ob er damit rechnete, dass die Briten es dabei belassen würden, oder ob er sie, wenn sie militärisch antworteten, besiegen würde, weiß man nicht. Tatsache ist, dass sie mit Truppen, Schiffen, Flugzeugen und modernen Waffen (die das argentinische Heer nicht hatte) kamen und den Krieg gewannen. Und das hat einen Rückschritt von hundert Jahren bei den Bemühungen der friedlichen Übernahme bedeutet.

Jetzt muss man von neuem beginnen. Großbritannien steht auf dem Standpunkt, dass die Bewohner, die sogenannten Kelpers, entscheiden sollen, was sie wollen. Das hat Frau May jetzt ausdrücklich gesagt. Man muss diese Menschen wieder als Freunde gewinnen, wie vor 1982. Das ist ein langer Weg, aber der einzig mögliche. Das bedeutet als erstes, dass die direkte Flugverbindung von Comodoro Rivadavia bis Port Stanley wieder hergestellt wird. Die Flüge von Chile und Sao Paulo aus, mit Zwischenlandung in Feuerland, bzw. Córdoba, sind keine Lösung. Doch Macri hat es versäumt, das Thema mit Theresa May vorzubringen und dabei auf die Vorteile hinzuweisen, die sich für die Kelpers ergeben. Angeblich sollen diese dagegen sein. Das erscheint jedoch nicht glaubhaft, da sie wissen, dass eine direkte Flugverbindung mit dem Kontinent ihnen nur Vorteile bringt.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Im Blickfeld

Merz oder AKK

Von Stefan Kuhn

Am heutigen Freitag ist es so weit. 1001 CDU-Parteitagsdelegierte entscheiden über Deutschlands Zukunft. So sieht es zumindest Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU), der sich für Friedrich Merz ausspricht. Dieser sei „das Beste für das Land“, sagte er in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen. Andere denken da nicht so laut. Auf dem Parteitag geht es zunächst um den Posten des Parteichefs oder der Parteichefin, den Bundeskanzlerin Angela Merkel nach 18 Jahren abgeben will.

Aussichtsreichste Kandidaten sind Annegret Kramp-Karrenbauer, die CDU-Generalsekretärin, und eben dieser Friedrich Merz, der verlorene Sohn der Partei. Die Saarländerin Kramp-Karrenbauer wäre eigentlich die Idealbesetzung für den Posten. Sie kennt die CDU bis in die Ortsvereine und könnte Merkel auch im Kanzleramt nachfolgen. Als Landesministerin und Ministerpräsidentin hat sie jahrelange Regierungserfahrung. Sie hat im Saarland schon mit Grünen, FDP und SPD regiert, gilt als hervorragende Vermittlerin und kann auch knallhart sein. AKK, wie sie wegen ihres zungenbrecherischen Namens genannt wird, hat nur einen entscheidenden Nachteil. Sie gilt als Merkels Wunschnachfolgerin. In den Regionalkonferenzen vor dem Parteitag versuchte die Kandidatin zwar, sich von der Kanzlerin zu distanzieren. Ob die Delegierten ihr das abnehmen, ist eine andere Frage.

Der 63-jährige Merz gilt trotz seines Alters als konservativer Erneuerer. Merz war von 2000 bis 2002 CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag und von Merkel aus dem Amt gedrängt worden. Gut zwei Jahre hielt er noch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender durch, bis zu den Bundestagswahlen 2009 saß er noch als einfacher Abgeordneter im Parlament. Danach hat er sich vernünftigeren Dingen zugewandt - er ist reich geworden.

Das ist schon ein kleiner Minuspunkt beim Kampf um den Parteivorsitz: Im Gegensatz zu den USA haftet reichen Politikern in Deutschland grundsätzlich ein gewisser Makel an. Manche erklären das mittels der abgedroschenen Neiddebatte, es liegt aber wohl eher daran, dass man reiche Politiker für abgehoben hält und ihnen mangelndes Verständnis für die Sorgen „normaler“ Bürger unterstellt. Merz hat in dieser Hinsicht das Seinige dazu beigetragen. Mit einem Jahreseinkommen von rund einer Million Euro zählt er sich zum „gehobenen Mittelstand“. Problematisch könnte auch sein, wie Merz zu seinem Reichtum gekommen ist. Er war hauptsächlich in der Finanzbranche tätig und hat zuletzt für den weltgrößten Finanzdienstleister Blackrock gearbeitet. Das verbinden viele in Deutschland mit dem Begriff „Heuschrecken“ - Fonds, die sich in Unternehmen einkaufen und diese zur Gewinnmaximierung zerschlagen. Arbeitsplatzvernichter eben. Mag sein, dass dies bei Blackrock nicht der Fall ist, für Merz dürfte diese Tätigkeit jedenfalls kein Pluspunkt sein.

Eine weitere Hürde für Merz könnte seine langjährige politische Abstinenz sein, ebenso die Art, wie er der Politik den Rücken gekehrt hat. Er war schlicht gekränkt. Um die Jahrtausendwende war Merz der kommende konservative Star am CDU-Himmel: Der Liebling der Wirtschaft, der forderte, dass eine Steuererklärung auf einen Bierdeckel

Weiterlesen

passen müsse. Der Liebling der Parteirechten, der den Begriff der „deutschen Leitkultur“ mit in die politische Debatte brachte. Seither sind anderthalb Jahrzehnte vergangen. Mit diesen Themen kann man heute keine Wahlen mehr gewinnen. Die CDU ist unter Merkel in die Mitte gerückt und hat damit Wahlen gewonnen. Merz weiß das. Wohl deshalb reagiert er ähnlich wie seine Konkurrentin. AKK distanziert sich von Merkel, und Merz distanziert sich von sich selbst. Er rückt zu Mitte. Dann schlägt er wieder eine Volte und will die Wählerschaft der rechtspopulistischen AfD halbieren. Er versucht einen politischen Spagat, der schon dem Noch-CSU-Chef Horst Seehofer misslungen ist.

Die Umfragen kann man getrost vergessen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung haben sie gar keinen Wert. SPD-Anhänger dürften sich Merz wünschen, AfD-Anhänger AKK. Selbst die Befragung der CDU-Anhänger ist ohne Aussagekraft. Wer die CDU künftig führt, ist ungewiss. 1001 Delegierte, das sind Abgeordnete und Funktionsträger, wählen den künftigen Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende. Die Delegierten werden sich vermutlich auch an den Umfragen orientieren, denn ihnen geht es um die Fragen: Mit wem kann man künftig Wahlen gewinnen? Wer kann die Partei zusammenhalten? Dabei spielen viele andere Dinge, darunter auch Trugbilder, eine Rolle. Selbst wenn viele in der Partei Merz abnehmen, dass er als Parteichef Distanz zur Finanzwelt nehmen will. Wird das auch der Wähler tun? Schafft ein 63-jähriger Wiedereinsteiger eine Erneuerung der Partei? Stärkt AKK nicht die AfD?

In der CDU geht man von einem knappen Ergebnis aus. Kurz vor dem Parteitag hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble auch ein Tabu gebrochen, als er sich für Merz aussprach. Das war wohl ein Fehler. Dass Schäuble Merz favorisiert, war kein Geheimnis. Seine offene Parteinahme hat allerdings auch andere Parteigrößen zur Parteinahme bewogen. Wirtschaftsminister Peter Altmeier sprach sich ebenso wie das CDU-Urgestein Norbert Blüm für AKK aus. Was die erbitterten Merkel-Gegner Merz und Schäuble angeht, tritt jetzt das Motiv der späten Rache in den Vordergrund. Das kann nur für Annegret Kramp-Karrenbauer von Nutzen sein.

Egal wie das Rennen ausgeht, die CDU hat eine große Chance vertan. Wenn es um die Erneuerung der Partei geht, muss man die Mitglieder entscheiden lassen und nicht 1001 Funktionäre und Mandatsträger. Schließlich steht die Zukunft Deutschlands auf dem Spiel.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Randglossen

Zeitgleich mit dem Beginn der Gipfelkonferenz der G20 haben zahlreiche linke Gruppen eine Kundgebung organisiert, an der sich trotz Ausfall des U-Bahn- und Omnibusverkehrs viele tausend Menschen beteiligten. Wie sie von weit her gekommen sind, weiß man nicht. Jemand muss Omnibusse zur Verfügung gestellt und bezahlt haben. Die Stadtregierung sorgte dafür, dass diese Radaubrüder weit entfernt von den Orten auftraten, wo sich die Delegationen der Staaten aufhielten. Es gab kaum Gewalterscheinungen, und als Rednerin trat nur Nora Cortiñas auf, von den "Madres de Plaza de Mayo". Die andere "Maimutter", Hebe de Bonafini oder Vertreter der Cámpora-Gruppe u.a. Anhänger von Cristina Kirchner waren nicht dabei. Auch Hugo Moyano und die Gewerkschafter waren anwesend. Der gemeinsame Nenner der beteiligten Organisationen ist der Kommunismus, der dabei, ohne ihn beim Namen zu nennen, offen im Gegensatz zum Kapitalismus der G20 hervorgehoben wurde. Dass die Sowjetunion zusammengebrochen ist, und China den Kommunismus verlassen hat, haben diese Leute wohl noch nicht zur Kenntnis genommen.

Die Ehrung ist eigentlich nebensächlich, aber Angela Merkel ist vom US-amerikanischen Magazin Forbes zum achten Mal in Folge zur mächtigsten Frau der Welt gekürt worden. Das verwundert zunächst, denn im vergangenen Jahr hat sie rein machttechnisch gewaltig Federn gelassen. Schier endlose Quälerei in der Regierung, zuerst mit der SPD, dann mit Bruder Seehofer von der Schwesterpartei CSU, dann mit der Fraktion, die den von ihr unterstützten Kandidaten Volker Kauder durchfallen ließ, und zuletzt Wahlniederlagen, die zu Merkels Verzicht auf den Parteivorsitz führten. Auf der anderen Seite ist die Wahl gar nicht so überraschend. Auf Platz zwei folgt die britische Premierministerin Theresa May, und die hat mit dem Brexit ganz andere Probleme. Aber 2019 könnten beide nicht mehr auf der Forbes-Liste sein.

Mal abgesehen von der Linken oder den Grünen zittern sie alle, denn die CDU wählt einen neuen Parteichef. Bei der AfD fürchtet man, dass Friedrich Merz das Rennen macht, denn dieser ist schon fast existenzbedrohend für die Rechtspopulisten - eine Art Light-Version ihres Parteichefs Alexander Gauland. Der FDP würde mit dem Wirtschaftsliberalen gar das Parteiprogramm genommen, und die SPD würde bei einer Wahl Merzens Jubeltänze vollführen. Er gäbe einen glaubwürdigen Grund, die ungeliebte GroKo platzen zu lassen. Wenn Merz CDU-Chef wird, dann sind die Tage von Bundeskanzlerin Angela Merkel gezählt. Dann dürfte es spätestens im März Neuwahlen geben.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Zitronenexporte nach den USA

Die Vereinigten Staaten haben dieses Jahr 10.650 Tonnen argentinische Zitronen im Wert von ca. u$s 10 Mio. eingeführt. Zugelassen sind nur grün-gelbe Zitronen (?), die zwischen Mai und Juli geerntet werden. Das führte dazu, dass 2017 keine argentinische Zitronen nach den USA geliefert werden konnten, weil die Aufhebung der Importsperre zu spät verfügt wurde.

Der Import von Zitronen aus Argentinien war 2001 gesperrt worden, weil die Zitronenbäume angeblich von Krankrose (eine Art Pflanzenkrebs) verseucht seien, und diese Krankheit durch die Zitronen auf die US-Pflanzungen übertragen werden könnte. Dieses Argument wurde dann entkräftet: Einmal besteht nur in seltenen Fällen Kankrose, und dann gibt es keine Übertragung über die Zitrone, die außerdem an allerlei Konsumenten, aber nicht an Landwirte geht. Das Importverbot beruhte in Wirklichkeit auf dem Druck kalifornischer Zitronenproduzenten. Dennoch hat erst Trump, als Zeichen seiner Freundschaft mit Macri, das Verbot aufgehoben. Unter den Kirchners geschah nichts, weil die Beziehungen ohnehin getrübt waren, und die USA diejenigen, die keine Freundschaft zeigen, schlecht behandeln. Dank der Kirchner-Regierungen hat Argentinien in 17 Jahren Einnahmen aus dem Zitronenexport nach den USA von über u$s 300 Mio. verloren.

Argentinien exportiert dieses Jahr insgesamt ca. 200.000 Tonnen Zitronen, davon ca. 80% nach Europa. Aber die USA zahlen ca. 15% mehr als Europa. Außerdem kann Argentinien noch mehr exportieren, nachdem in Tucumán immer mehr Zitronenbäume gepflanzt werden. Die Zitronen von Tucumán sind weltweit die besten, weil sie ein dünne Schale und einen starken Saft haben.

Abgesehen von frischen Zitronen wird auch Zitronensaft in höheren Mengen exportiert. In Tucumán widmen sich mehrere Firmen (San Miguel, Citrusvil u.a.) der Erzeugung von Saft und auch von essentiellen Ölen, die in der Schale enthalten sind und für Kosmetik u.a. Zwecke eingesetzt werden.

In Tucumán wurden vor einem halben Jahrhundert kaum Zitronen erzeugt. Der Aufschwung trat erst in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein. Auf der Hauptstraße, die Tucumán von Süden nach Norden durchquert, sah man früher auf beiden Seiten nur Zuckerrohr. Jetzt sieht man Zitronenpflanzungen, wobei jedoch die Zuckerproduktion in der Provinz stark gestiegen ist. Aber das Zuckerrohr wird jetzt woanders gepflanzt.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Die statistische Ermittlung der Ernten

Dass ein Land wie Argentinien, mit einer hohen Produktion von Getreide und Ölsaat, die für die Wirtschaft entscheidend ist, keine gute Statistik auf diesem Gebiet hat, erscheint zumindest merkwürdig. Das Landwirtschaftssekretariat hat jetzt durch Beschluss 40/2018 ein Programm in diesem Sinn eingeführt und ein Amt für diesen Zweck geschaffen. Das allein löst das Problem jedoch nicht, da es grundsätzlich darum geht, dass die primären Daten fehlen oder ungenau sind.

Die Statistik über die Saatflächen beruht auf Angaben der Landwirte, die jedoch nicht ganz stimmen. Und bei der geernteten Menge sind die Angaben noch ungenauer, besonders seit ein Teil der Ernte in großen Kunststoffschläuchen auf dem Feld aufbewahrt wird.

In früheren Zeiten, als die Ernte von Getreide und Ölsaat fast vollständig mit der Eisenbahn transportiert wurde, stellten die Chefs der Stationen eine Statistik auf Grund der Bestellungen von Waggons auf. Heute wird der weitaus größte Teil der Ernten mit dem Lastwagen transportiert, und dabei ist es schwierig festzustellen, wie hoch dieser Transport gesamthaft für jede Art von Getreide und Ölsaat ist.

Die beste Schätzung ist nach wie vor die des US-Landwirtschaftsdepartements, die auf der Auswertung von Satellitenaufnahmen beruht. Dabei wird jeweils festgestellt, wie viel Fläche gesät wird und wie sich die einzelnen Kulturen entwickeln. Es ist eine komplexe Technologie, die auf langjähriger Erfahrung fußt, und das Ergebnis hat sich als gut erwiesen. Die argentinischen Behörden erhielten diese Daten vor Jahren auch, haben dann jedoch die geforderte Gebühr nicht mehr bezahlt, und dann wurde der Zugang zu den Statistiken aufgehoben. Seither wissen die Nordamerikaner besser über die argentinischen Ernten Bescheid als die Argentinier.

Das Landwirtschaftssekretariat sollte jetzt sofort den Kontakt mit dem US-Landwirtschaftsdepartement (USDA) herstellen und somit die Statistiken sofort erhalten. Dabei sollten auch lokale Fachleute von der US-Behörde in situ die notwendige Ausbildung erhalten. Nachdem jetzt gute Beziehungen zu der US-Regierung bestehen, sollte dies kein Problem sein. Das ist die einfachste und beste Möglichkeit, um gute und kurzfristig verfügbare landwirtschaftliche Statistiken zu haben. Beiläufig wird dabei auch der Rinderbestand erhoben (auf Grund der Wärmeausstrahlung der Rinder) und auch die Produktion der vielen anderen Kulturen: Obst, Oliven, Baumwolle, Zucker, Tabak, Yerba Mate, Tee und eventuell auch Gemüse. Das neugeschaffene Amt kann dann mit lokalen Erhebungen und Informationen der Landwirte zu einer kompletten Kenntnis der landwirtschaftlichen Produktion beitragen.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Steuereinnahmen im November: +33,7%

Die Steuereinnahmen des Bundesstaates, einschließlich Zöllen, Sozialbagaben und Gebühren, lagen im November bei $ 300,12 Mrd., 33,7% über dem Vorjahr. Bei einer Inflation von 45%, wie sie in 12 Monaten zum November besteht, stellt dies eine reale Abnahme von 9% dar. In 11 Monaten 2018 lagen die Steuereinnahmen bei $ 3,06 Bio., 30,7% über dem Vorjahr. Die Zunahme war in Wirklichkeit höher, weil Anfang 2017 die außerordentlichen Einnahmen aus der Weißwaschung hinzugekommen sind. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt:

▶ **GEWINNSTEUER:** $ 65,42 Mrd., +37,9%. Die Wirkung der Rezession wird hier weitgehend durch die der Inflation ausgeglichen, die den Buchgewinn, auf den die Steuer erhoben wird, erhöht und auch die persönlichen Einkommen in eine höhere Stufe der Skala treibt.

▶ **MEHRWERTSTEUER:** $96,79 Mrd., +30,3%. Doch die direkt vom Steueramt eingenommene Steuer stieg interannuell um 41,2%, während die vom Zollamt einbehaltene MwSt. nur um 6,4% stieg, weil der Import drastisch zurückging.

▶ **INTERNE STEUERN (AUF ZIGARETTEN, ALKOHOLISCHE GETRÄNKE UND LUXUSWAREN):** $ 6,22 Mrd., +1,3%. Hier hat sich die Reform der Zigaretttensteuer ausgewirkt.

▶ **EXPORTZÖLLE:** $ 14,71 Mrd., +228,5%. Hier hat sich die Einführung der allgemeinen Exportsteuer ausgewirkt, aber auch die Abwertung, die die Pesowerte entsprechend erhöht.

▶ **IMPORTZÖLLE:** $ 9,02 Mrd., +31,8%. Auf der einen Seite sind die Importe in Mengen gesunken, und auf der anderen überträgt sich die Abwertung auch hier direkt auf die Pesowerte.

▶ **BRENNSTOFFSTEUERN:** $ 9,36 Mrd.,+31,8%. Die Preiserhöhung, die über der allgemeinen Preiszunahme lag, wurde zum Teil durch geringere Umsätze ausgeglichen.

▶ **PERSÖNLICHE GÜTER:** $ 430 Mio., -53,3%.

▶ **SCHECKSTEUER:** $ 23,56 Mrd.,+ 45,3%.

▶ **SOZIALABGABEN:** $ 74,59 Mrd., +22,6%. Diese Zunahme zeugt einmal von geringeren Lohnerhöhungen, dann aber auch von einer niedrigeren legalen Beschäftigung und einer Zunahme der Zahlung in Raten, zu der viele Unternehmen angesichts des sehr teuer gewordenen Bankkredites greifen.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu $ 38,68, gegen $ 39,63 eine Woche zuvor. Am Montag war der Kurs noch stärker zurückgegangen. Seit Ende Dezeber 2017 betrug die Abwertung 104,12%. Die ZB-Reserven lagen bei u$s 50,27 Mrd., gegen u$s 51,44 Mrd. in der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag um 30.10.19 bei $ 53,23, was einen Jahreszinssatz von 45,60% zum Ausdruck bringt. Die ZB bestimmte, dass ab 1. Januar 2019 die Interventionsgrenzen auf $ 37,12 und $ 48,03 je Dollar festgesetzt werden. Diese Grenzen werden im 1. Quartal 2019 monatlich um 2% erhöht. Die ZB hat den Betrag der täglichen Dollarkäufe, wenn die Untergrenze unterschritten wird, von u$s 150 Mrd. auf u$s 50 Mrd. verringert. Bei Überschreitung der Obergrenze werden täglich Devisen in diesem Umfang verkauft.

***

Die ZB hat am Mittwoch die Mindestgrenze für Zinsen bei Leliq-Schatzscheinen von 60% aufgehoben, und der Satz sank dabei bei der ersten Ausschreibung nach diesem Beschluss auf 59,10%. Dabei wurden Leliq für $ 177,04 Mrd. untergebracht, wobei bestehende Titel für $ 140 Mrd. verfielen, sodass $ 37 Mrd. zusätzlich aufgenommen wurden.

***

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires weist in einer Woche zum Mittwoch eine Zunahme von 2,08% auf, und liegt jetzt um 5,70% über Ende 2017.

***

Die argentinischen Staatstitel wiesen in einer Woche zum Mittwoch eine unterschiedliche Entwicklung auf. Argentina 2019 blieb unverändert, Argentina 2021 fiel um 0,42%, Argentina 2026 fiel um 0,64%, Argentina 2046 stieg um 0,84%, und Bonar 2024 stieg um 0,89%.

***

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 18 Karat zu $ 837,52 pro Gramm gehandelt (Vorwoche: $ 842,45), und bei 24 Karat zu $ 1.445,37 ($ 1.456,01).

***

Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 3.12.18 um 33,80%, wobei in einer Woche ein Rückgang von 9,93% stattfand, und die Zunahme in 30 Tagen nur 1,18% betrug. Das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, stieg in der gleichen Periode um 20,90%.

***

Die gesamten Pesodepositen der Banken stiegen in 12 Monaten zum 3.12.18 um 58,71% auf $ 2,94 Bio., und die gesamten Pesokredite nahmen um 22,70% auf $ 1,66 Bio. zu. Die gesamten Dollardepositen stiegen um 5,73% auf u$s 32,71 Mrd., und die Dollarkredite nahmen um 4,71% auf u$s 15,90 Mrd. zu.

***

Die Deputiertenkammer verabschiedete am Mittwoch die Reform des Gesetzes über die Steuer auf persönliche Güter (Vermögenssteuer). Der steuerfreie Mindestbetrag steigt dabei 2019 von $ 1,05 auf $ 2 Mio. Bis zu $ 5 Mio. beträgt der Steuersatz 0,25%, dann bis zu $ 50 Mio. 0,50%, und darüber hinaus 0,75%. Eigenwohnungen mit einem Wert von $ 18 Mio. werden von der Steuer ausgenommen. Landwirtschaftliche Immobilien werden von der progressiven Skala ausgenommen und mit 0,25% besteuert. Die Werte der Immobilien, die bei dieser Steuer gelten, sollen jetzt von einer Kommission für diesen Zweck festgesetzt werden. Bisher wurden die Kaufwerte genommen, mit dem Fiskalwert als Minimum. Dabei ergaben sich Werte, die in der Regel unter einem Drittel des Marktwertes lagen. Es wurde noch nicht bestimmt, welcher Prozentsatz der Marktwerte genommen wird, und wie diese ermittelt werden. Auf alle Fälle werden die Werte der Immobilien weit über den bestehenden liegen.

***

Die Produktion der lokalen Kfz-Fabriken erreichte im November 36.808 Einheiten, 18,6% unter dem gleichen Vorjahresmonat, teilt der Verband Adefa mit. Die Lieferungen an die Agenturen betrugen 33.095 Einheiten, 57,9% unter dem Vorjahr. Der Export betrug 26.048 Kfz., 36,2% über dem Vorjahr. Die Importe betrugen somit (ohne Veränderungen des Bestandes zu berücksichtigen) 28.335 Einheiten, etwas mehr als die Exporte. In 11 Monaten wurden 446.174 Kfz. erzeugt, 1,4% über dem Vorjahr. Die Lieferungen an die Agenturen lagen mit 246.413 Einheiten um 20,2% unter dem Vorjahr. Der Export lag in 11 Monaten bei 246.413 Einheiten, 28,8% über dem Vorjahr. Die Importe lagen somit bei 46.652 Einheiten, womit zum esten Mal viel mehr Kfz exportiert als importiert wurden. Bei den Importen werden hier diejenigen nicht berücksichtigt, die nicht von den lokalen Fabrikanten durchgeführt werden und auf andere Marken entfallen (wie BMW, Kia u.a.).

***

Die Regierung hat die bestehenden Konzessionen des Hafens von Buenos Aires bis Mai verlängert. Drei entfallen auf Terminales Rio de la Plata und eine auf Terminal 4

***

Das Schatzministerium hat am Mittwoch der Vorwoche Schatzscheine (Letes) in Dollar für $ 836 Mio. zu 4,75%, mit Verfall am 14.6.2019, untergebracht. Außerdem wurden Schatzscheine in Pesos (Lecap) für $ 22,39 Mrd. mit Verfall am 29.3.2019, zu 53,49% untergebracht. Schließlich wurden noch $ 7,81 Mio. in kurzfristigen Schatzscheinen Bote zu 26,56% platziert. Somit wurde jetzt ca. 80% der Staatspapiere gedeckt, die kurzfristig verfallen.

***

Die ZB hat bestimmt, dass die Banken ihre Dienste auch in Supermärkten, Apotheken, Tankstellen u.a. Einzelhandelsgeschäften anbieten können. Das war bisher verboten.Auf diese Weise soll der Zugang zu Bankkonten und die Zahlung mit Zahl- und Kreditkarten gefördert werden.

***

Die Tarife für die städtischen Autobahnen 25 de Mayo und und Perito Moreno werden ab 1. Januar 2019 um durchschnittlich 34,9% erhöht. Es werden tagsüber $ 60 und in Spitzenzeiten $ 85 sein. Bei der Illia-Autobahn steigt der Tarif von $ 19 auf $ 25, bzw. von $ 28 auf $ 35. Für Motorräder beträgt die Zunahme durchschnittlich 66,6%, so dass der Tarif auf der 25 de Mayo und Perito Moreno von $ 17 auf $ 25, bzw. von $ 28 auf $ 40 steigt, und bei der Illia-Bahn von $ 9 auf $ 15, bzw. von $ 11 auf $ 18.

***

Die OPIC (Overseas Private Investment Corporation), eine staatliche US-Institution, die sich mit Förderung und Garantien privater US-Auslandsinvestitionen befasst, hat mit Transportminister Guillermo Dietrich, Produktionsminister Dante Sica und Energiesekretär Javier Iguacel einen Absichtsbrief unterzeichnet, der sich auf die Finanzierung von Projekten für u$s 3 Mrd. bezieht, von denen u$s 813 Mio. schon zugeteilt wurden. Ein Betrag von u$s 350 Mio. wurde für die Finanzierung einer Gasleitung in Vaca Muerta bestimmt, die insgesamt u$s 2 Mrd. kosten soll, und von Tecpetrol mit Transportadora de Gas del Sur durchgeführt wird. Dann soll auch das Projekt des Baus von 700 km Straße (mit Autobahn) mit u$s 250 Mio. finanziert werden, das an die Firma Cartellone im Rahmen des PPP-Systems der öffentlich-privaten Zusammenarbeit zugeteilt wurde. Hinzu kommt dann noch ein Projekt für eine Windkraftwerkanlage von Genneia in Chubut, für das u$s 118 Mio. bestimmt sind, und ein weiteres von YPF Luz, für das u$s 50 Mio. reserviert sind. Schließlich erhält Plaza Logística u$s 45 Mio. zur Erweiterung der Lagerhäuser in Groß-Buenos Aires.

***

Das Parlament der Stadt Buenos Aires hat den Dienst von Uber verboten, obwohl es keine legale Grundlage

dafür gibt. Solange die Fahrer den professionellen Führerschein haben, das Automobil die technische Genehmigung hat, und eine Versicherung für Unfälle besteht, die auch den Passagier deckt, handelt es sich um einen Dienst innerhalb der legalen Ordnung, der mit den Taxis konkurriert, denen kein Gesetz ein Monopol verleiht. Ohnehin bestehen schon private Dienste, genannt "Remises", die einen analogen Dienst bieten. Uber Technologies ist ein Unternehmen mit Sitz in den Niederlanden, dass den Dienst der Beförderung von Passagieren in vielen Städten bietet, wo es mit Taxis konkurriert.

***

Das Parlament der Stadt Buenos Aires hat das Haushaltsgesetz für 2019 verabschiedet, mit Ausgaben von $ 321,46 Mrd., 26% über den effektiven Ausgaben des Jahres 2018. Das Budget schließt ohne primäres Defizit, weist jedoch ein finanzielles Defizit von ca. $ 8 Mrd. aus. 50,5% der Ausgaben ($ 162,34 Mrd.) sind für Erziehung, Gesundheitsbetreuung u.a. soziale Zwecke bestimmt. Das Programm des Baus von 52 neuen Schulen, das sich schon in Gang befindet, soll 2019 vollendet werden. Es ist vorgesehen, die Grundstücke, die unter der Autobahn "24 de Mayo" liegen, in Konzession zu vergeben, mit der Auflage, dass sie sich in die Stadt eingliedern. Die Stadt trägt schon seit vielen Jahren die Subvention für die U-Bahn und übernimmt jetzt auch Subvention für die städtischen Omnibusse, und der Stromverteilung durch Edenor und Edesur. Die Immobiliensteuer, benannt ABL ("alumbrado, barrido y limpieza") wird um 34% erhöht. Es ist erstaunlich, dass die Stadt mit den hohen Investitionen, die sie durchführt, und den Subventionen für öffentliche Dienste, die sie übernimmt, finanziell über die Runden kommt.

***

Der brasilianische Staat wird eine Brücke über den Uruguay Fluss bauen, die Porto Xavier (Brasilien) mit Südmisiones verbindet, 945 Meter lang und 17 Meter breit ist, und auch eine Bahn für Fahrräder und Fußgänger haben soll. Die Kosten wurden auf u$s 35 Mio. veranschlagt. Der Bau soll 2019 beginnen und 2022 fertig sein.

***

Das Defizit der Energie-Außenhandelsbilanz wird für 2018 auf u$s 2,5 Mrd. veranschlagt, was eine starke Verringerung gegenüber dem von u$s 9 Mrd. des Jahres 2011 darstellt. Dieser Erfolg ist vornehmlich auf die stark gestiegene Gasförderung im Gebiet von Vaca Muerta zurückzuführen, das dieses Jahr ein Drittel der gesamten Gasförderung des Landes erzeugt. Gas wird jetzt in den Sommermonaten exportiert, an erster Stelle über die bestehende Leitung nach Chile, aber in unmittelbarer Zukunft auch in Form von Pressgas, wobei ein Schiff mit einer besonderen Anlage am Hafen von Bahía Blanca (das bald ankommen wird) das Gas verflüssigt. In den Wintermonaten, wenn der Gaskonsum sprunghaft steigt (wegen Heizung), muss dann Gas importiert werden, aber viel weniger als bis vor einigen Jahren. Die Gasreserven von Vaca Muerta sind sehr groß und werden offiziell auf 30 Mal die von Loma de la Lata geschätzt, das bisher größte konventionelle Gaslager des Landes. Außerdem sind die Förderungskosten für das sogenannte "shale gas" von Loma de la Lata wegen technologischer Fortschritte drastisch gesunken, was erlaubt, dieses Gas zu niedrigeren Preisen zu liefern.

***

Die großen Supermarktketten haben sich über die neue Lohnzulage von 20% beklagt, die die Argentinische Handels- und Dienstleistungskammer mit der Gewerkschaft vereinbart hat, ohne sie zu fragen. Insgesamt betragen die Lohnerhöhung dieses Jahr jetzt 45%, wobei die letzten 20% insgesamt einen Betrag von $ 50 bis $ 70 Mio. darstellen. Der Umsatz der Supermärkte ist ab Juli um ca. 40% gefallen, wobei die Wirkung der Abwertung nur zum Teil auf die Preise abgewälzt werden konnte. Insgesamt beschäftigen diese Supermärkte um die 100.000 Menschen, wobei sie sich jetzt gezwungen sehen, Personal abzubauen. Es ist in der Tat erstaunlich, dass die Handelskammer die Supermärkte, die die größten Arbeitgeber dieses Bereichs sind, bei der Lohnverhandlung bei Seite gelassen hat.

***

Die Medien des Indalo-Konzerns, von Cristóbal López und Fabián da Souza, an erster Stelle der Fernsehkanal C5N (der politisch intensiv für Cristina K. und gegen Macri auftritt) schulden der AFIP über $ 1,4 Mrd. an MwSt., Gewinnsteuer und Sozialabgaben Die Schuld teilt sich folgendermaßen auf; C5N: $ 590 Mio.; Radio 10: $ 230 Mio.; Radio Pop: $ 160 Mio.; Ambito Financiero: $ 160 Mio.; Ideas del Sur: $ 310 Mio.; Vale FM: $ 20 Mio.; Diario Registrado: $ 7 Mio. Gegenwärtig wird ein Konkursverfahren über diese Medien abgewickelt, bei dem es schließlich keine andere Lösung gibt, als die Schließung oder den Verkauf der einzelnen Medien, wobei jedoch Zweifel bestehen, ob es Interessenten gibt. Insgesamt beschäftigen sie 1.400 Arbeitnehmer.

***

Die Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, mit ca. 200.000 Mitgliedern, geleitet von Hugo Moyano und seinem Sohn Pablo, teilt mit, dass mehrere Unternehmen schon einer Sonderzulage von $ 14.000 pro Kopf zugestimmt haben, die zu den 40% hinzukommt, die als allgemeine Lohnerhöhungen dieses Jahr gewährt wurden. Für Unternehmen, die große Lastwagen haben, eventuell auch mit Anhängern, ist dies eventuell zu verkraften. Bei den kleineren dürfte die Rechnung nicht aufgehen, umso mehr, als sie mit Lastwagen konkurrieren, die direkt von ihren Besitzern gefahren werden, und somit nicht im Arbeitsabkommen eingeschlossen sind.

***

YPF hat ab letztem Montag den Preis für Benzin um 1,5% gesenkt, aber den von Dieselöl um 3% erhöht.

***

Der Umsatz des kleinen Einzelhandels ist im November 2018 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 15,6% gesunken, teilt der Verband CAME mit. Es sind schon 11 Monate in Folge mit Abnahmen.

***

Im November 2018 wurden 39.565 neue Kfz in das offizielle Register eingetragen, 45,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat und 18,5% unter Oktober 2018. Das entspricht den Verkäufen der Agenturen an ihre Kunden. Die ersten 11 Monaten 2018 lagen mit 774.571 um 9,2% unter dem Vorjahr. Im November stand Renault mit 5.799 Einheiten an erster Stelle, gefolgt von VW mit 5.608, Toyota mit 5.456, Chevrolet mit 4.834 und FIAT mit 4.391.

***

Richter, Staatsanwälte, Gerichtssekretäre u.a. Justizbeamte, die ab 1. Januar 2017 ernannt wurden, müssen jetzt die Gewinnsteuer ab diesem Datum zahlen. Die AFIP wird ihnen die Möglichkeit geben, die Schuld in Raten (mit Zinsen von 3% monatlich, aber ohne Bußen) zu zahlen. Der Oberste Gerichtshof hat am 27.11.18 seine vorangehende Entscheidung widerrufen, die diese Gehälter von der Gewinnsteuer ausnahm, obwohl sie per Gesetz eingeschlossen worden waren.

***

Die Entwicklungsbank für Lateinamerika (vormals Andenköperschaft, CAF benannt) hat Argentinien einen Kredit von u$s 100 Mio. gewährt, der für Verstädterung von drei Elendsvierteln in der Stadt Buenos Aires bestimmt ist (Bezirke 20, Rodrigo Bueno und Fraga), in denen ca. 50.000 Personen wohnen. Es handelt sich konkret um Verbesserung der Wohnungen, Bau von Straßen, und Anschluss an das Wassernetz, das Stromnetz und das Abwassersystem.

***

Der Index der Bautätigkeit ISAC (Indicador Sintético de la Construcción) des INDEC weist im Oktober einen interannuellen Rückgang von 6,4% aus, nach einem von 3,8% im September. Die ersten 10 Monate 2018 lagen um 4,8% über dem Vorjahr, weil die ersten Monaten des Jahres 2018 sehr gut waren. Die Abnahme hat sich auf Baumaterialien übertragen, wie Asphalt (-47,8%), Zement (-9,6%), Rundeisen (-7,9%), hohle Ziegelsteine (-10,7%) und Farben (-14,2%) Bei Asphalt ist der Rückgang darauf zurückzuführen, dass die Reparatur und der Bau von Straßen drastisch verringert wurde.

***

Die Index der Industrieproduktion des INDEC, benannt EMI (Estimador Mensual Industrial), lag im Oktober um 6,8% unter dem gleichen Vorjahresmonat, nach einem interannuellen Rückgang von 11,5% im September. Der Rückgang war sehr betont bei Textilien (-23,4%), Kautschuk und Kunststoffen (-17,2%), Kfz (-10,8%) und Metallmechanik (-21,3%).

***

Am Dienstag hat die ZB Leliq-Schatzscheine für $ 163,63 Mrd. zu 60% untergebracht. Der Zinssatz geht ständig zurück, nachdem die Ausgabe von Leliq mit 74% begonnen hatte. Der Betrag übertrifft die Amortisation von Leliq um $ 27 Mrd., was eine kontraktive monetäre Wirkung hat.

***

Die ZB hat festgestellt, dass ihre Erhebung der Marktaussichten (REM, Relevamiento de Expectativas de Mercado), die Ende November unter 32 Wirtschaftskonsulenten und Forschungsinstituten, plus 14 lokale Banken und 7 ausländische Konsulenten durchgeführt wurde, eine Inflation für die kommenden 12 Monate von durchschnittlich 28,6% ergibt, nachdem es in der vorangehenden Umfrage (vom Oktober) von 30,6% waren.

***

Die EU-Kommission hat ihre Entscheidung vom September 2018 widerrufen und empfiehlt jetzt, die Wiedereinführung von Importzöllen (von 25% bis 33,4%) auf Importe von argentinischem Biodieselöl.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Lateinamerika

Der gewählte brasilianische Präsident Jair Bolsonaro erklärte, er werde die Arbeitsgesetzgebung weiter flexibilisieren. Einen Tag vorher hatte er angekündigt, er werde das Arbeitsministerium abschaffen. Präsident Michel Temer hatte schon eine Reform durchgesetzt, die sehr weit geht, der Bolsonaro als Deputierter auch zugestimmt hat. Jetzt will er jedoch weiter gehen, um Investitionen anzuziehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Vorgehen von Bolsonaro setzt Argentinien unter Zugzwang, da Brasilien dabei noch konkurrenzfähiger wird.

***

In Brasilien rechnen die Landwirte infolge der freundlichen Haltung von Bolsonaro mit einer starken Expansion der Produktion von Getreide und Ölsaat. Führende Unternehmer dieses Bereiches rechnen für die Periode 2018/19 mit einer Produktion von bis zu 235 Mio. Tonnen, von denen 107 Mio. Tonnen exportiert werden. In Brasilien bestehen 180 Mio. ha Weiden, von denen bis zu 70 Mio. ha für den Ackerbau eingesetzt werden können.

***

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Geschäftsnachrichten

Bersa

Diese 1958 von den Italienern Benzo Bonadimani, Savino Caselli und Ercole Montini gegründete Waffenfabrik, mit Sitz im Vorort Ramos Mejía, ist nach 50 Jahren in voller Produktion, mit 50 Modellen von Pistolen. 70% der erzeugten Waffen werden exportiert, und in Argentinien beliefert Bersa vornehmlich die Polizei und die Streitkräfte. Dieses Jahr hat die Firma eine Ausschreibung für 3.000 Waffen für die Bundespolizei, auch je 5.000 für die Polizei der Provinz Buenos Aires und Santa Fé, und eine von 3.000 für Córdoba gewonnen. 6% der erzeugten Waffen werden privat bezogen, und 4% von privaten Sicherheitskräften. Die Rekordproduktion wurde 2013 mit 103.511 Waffen erreicht. 2017 waren es jedoch nur 64.787 und 2018 wird mit 90.000 gerechnet, was einen Umsatz von $ 345 Mio. darstellt.

Acabio

Diese Firma hat die Erweiterung ihrer Fabrik für Bioethnaol in Villa María, Provinz Córdoba bekanntgegeben. Es handelt sich um eine Investition von u$s 53 Mio., um die Produktion auf 700 cbm. täglich zu erhöhen. Es wird sich dabei um die größte und effizienteste Bioethanolfabrik im Land handeln. Als Rohstoff wird Mais verwendet. Das Bioethanol wird dem Benzin in einem bestimmten obligatorischen Prozentsatz beigemischt. Bei der Verbrennung ist der Brennstoff dabei umweltfreundlicher, mit weniger Treibhausgas.

Roche & Lab Medicina

Das Schweizer Pharmaunternehmen Roche hat über seine Abteilung Diagnostica zusammen mit der lokalen Lab Medicina eine Investition von u$s 5 Mio. vollendet (u$s 3 Mio.von Roche und u$s 2 Mio. von Lab Medicina), um die Anlage für klinische Diagnosen zu automatisieren. Hier werden täglich 22.000 Diagnosen vollzogen, die von direkten Patienten oder von 500 Labors stammen, die dieser Anstalt verpflichten.

YPF & Petronas

Am Dienstag gab der staatlich kontrollierte Erdölkonzern YPF, zusammen mit dem malaysischen Staatsunternehmen Petronas ein Investitionsprojekt von u$s 2,4 Mrd. bekannt, das sich auf vier Jahre erstreckt. Es handelt sich um Ausbeutung von Erdöl und Gas im Gebiet von Vaca Muerta. Unmittelbar werden u$s 590 Mio. investiert. Dieses Projekt schafft schätzungsweise um die 2.000 Arbeitsplätze. Es handelt sich nach dem Abkommen von YPF mit Chevron um die zweithöchste Direktinvestition für nicht konventionelle Förderung von Gas und Erdöl im Land. Petronas gehört zu den 200 größten Unternehmen der Welt, und erreichte 2017 einen Umsatz von u$s 52 Mrd., gegen ca. u$s 12 Mrd. von YPF.

MS Energy

Dieser lokale Kraftwerkbetreiber hat einen Betrag von u$s 250 Mio. in Obligationen über JP Morgan-Chase unter internationalen Investmentfonds zu 11,25% untergebracht. Die Mittel werden für die Erweiterung der Kapazität und die Einführung eines kombinierten Zyklus der drei Wärmekraftwerke der Firma eingesetzt, sodass die Kapazität von jetzt 300 MW auf 750 MW steigt. Der kombinierte Zyklus senkt die Kosten um ca. 25%.

Sakata Seed Corporation

Diese japanische Firma, die Samen für Gemüse entwickelt und vermarktet, hat eine Filiale in Argentinien eingerichtet, was eine Investition von $ 40 Mio. darstellt. Zunächst wird importierter Samen für Broccoli, Kürbis u.a. Gemüsearten vertrieben. Auf diesem Gebiet besteht in Argentinien ein großer Spielraum für Verbesserungen, was sich sowohl auf die Qualität des Gemüses, wie auf die Produktivität bezieht.

Citrícola San Miguel

Dieses Unternehmen, mit Fabrik in Tucumán, das vornehmlich Zitronensaft erzeugt, hat einen Kredit von u$s 100 Mio. von der Internationalen Finanzkörperschaft erhalten, der Weltbanktochter für Kredite an Privatunternehmen, der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) und der Rabobank. IFC und BID tragen mit je u$s 27,5 Mio. bei und Rabobank mit u$s 45 Mio. Der Kredit läuft auf 9 Jahre. San Miguel finanziert mit diesem Kredit einen großen Teil ihres Investitionsprogrammes von u$s 132 Mio.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Der G20-Gipfel: ein Erfolg für Macri

Von Juan E. Alemann

Die Gipfelkonferenz der G20-Staaten, die letztes Wochenende in Buenos Aires stattfand, unter dem Vorsitz von Präsident Mauricio Macri, war ein voller Erfolg, eventuell nicht so sehr für andere Beteiligte, aber gewiss für Macri und Argentinien. Rein formell sei bemerkt, dass alles wie geplant ablief, und das ist in Argentinien nicht selbstverständlich. Siehe das geplante Fußballspiel River-Boca. Nicht nur hat die Sicherheit perfekt funktioniert, ohne unangenehme Vorfälle, doch auch sonst verlief alles planmäßig, und die Vorstellung im Theater Colón war einfach phantastisch, was Macri selber tief bewegt hat. Argentinien trat gegenüber der Weltelite der Regierenden von seiner besten Seite auf, und das dürfte auch unterschwellig den Eindruck hinterlassen, dass das Land es auch bei der Überwindung der Krise schaffen wird. Im Grunde werden sich wohl viele der Beteiligten die gleiche Frage stellen, die sich die Welt und auch die argentinische Gesellschaft seit vielen Jahren stellt, nämlich warum Argentinien nicht schon seit vielen Jahren wirtschaftlich auf den Stand gelangt ist, der für das Land normal wäre.

Der Konflikt der USA mit China

Die Konferenz stand im Schatten der Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und China. Es klingt wie ein Witz, dass ausgerechnet das sehr protektionistische China sich über seinen Präsidenten Xi Jinping für freien Welthandel einsetzt, und die offenen Vereinigten Staaten für Protektionismus eintreten. Denn die USA sind auch nach den Zollerhöhungen von Trump eines der Länder mit dem höchsten Außenhandelskoeffizient (Exporte plus Importe in Beziehung zum BIP). Doch schließlich geht es um bestimmte konkrete Probleme, besonders den Schutz des geistigen Eigentums, um den es in China nicht gut bestellt ist, und dann um allerlei Hindernisse für den Import von US-Produkten, die in China bestehen, aber formell nicht zugegeben werden. Die Wirtschaft der USA hat sich in den letzten Jahren stark mit der chinesischen verflochten, und das lässt sich prinzipiell kaum ändern. Ebenfalls darf nicht vergessen werden, dass China seit vielen Jahren das Defizit des US-Staates mitfinanziert und heute der größte Inhaber von Schatzscheinen ("Treasuries") ist.

Es war somit zu erwarten, dass es beim Treffen der Präsidenten Donald Trump und Xi Jinping eine Entschärfung gab und beschlossen wurde, keine weiteren Zollerhöhungen zu verfügen und, stattdessen, weiter zu verhandeln. China hat unterschwellig das Argument des hohen US-Defizits beim bilateralen Handel mit China anerkannt und ist angeblich bereit, Hindernisse für höhere Importe aus den Vereinigten Staaten abzuschaffen. Dazu gehört viel Kleinarbeit, da jeder Einzelfall anders ist. Beiläufig interessiert dies auch Argentinien, da viele argentinische Produkte auch beim Import behindert werden.

Macri tritt für Öffnung ein

Macri sagte ohne Umschweife, Argentinien sei an diesem Konflikt nicht beteiligt, und verhandle sowohl mit den USA wie mit China und auch mit allen anderen Staaten der Welt, über Möglichkeiten der Ausweitung des Handels und Investitionen. Grundsätzlich tritt Macri für eine offene Wirtschaft ein, und das wird von der lokalen Industrie stark kritisiert, weil sie sich in Jahrzehnten geschlossener Wirtschaft an diesen Zustand gewöhnt hat, und befürchtet, mit Importen nicht konkurrieren zu können. In der Tat hat die Öffnung, die in den 90er Jahren eingesetzt hat, viel lokale Industrie zerstört und kaum Exporte von reinen Industriegütern geschaffen,

Weiterlesen

abgesehen von Kfz, bei denen es jedoch einen verwalteten Außenhandel gibt.

Macri will die Wirtschaft bewusst weiter öffnen. Das war von Anfang ein Grundsatz seiner Wirtschaftspolitik. Dabei ist es ihm zunächst nicht gut gegangen, weil der Export nicht wie erwartet reagierte, und dann wegen der Dürre vom vergangenen Sommer abnahm, während der Import stark stieg und zunächst ein untragbares Defizit der Handelsbilanz herbeiführte. Das hat sich mit dem Abwertungssprung geändert, der ab April dieses Jahres eingetreten ist. Das Schema der offenen Wirtschaft funktioniert eben nur mit einem real hohen Wechselkurs. Doch dies auf Dauer zu verkraften ist gewiss kein Kinderspiel. Wenn die Inflation nicht stark eingedämmt wird, und der Wechselkurs mit der Inflation im Gleichschritt steigt, geht das Schema nicht auf.

Doch abgesehen vom grundsätzlich exportfreundlichen Rahmen, geht es dabei um viele Einzelprobleme, von denen Macri einige den Regierungschefs vorgebracht hat. Die USA haben kurz vor der Konferenz den Import von gekühltem und gefrorenem Rindfleisch zugelassen, und vorher hatten sie schon den von Zitronen erlaubt. Aber es bestehen noch Hindernisse bei vielen anderen Produkten, wie z.B. Käse. China ist in den letzten Jahren dank außerordentlichem Wachstum, das der Übergang zur (unvollständigen) Marktwirtschaft herbeigeführt hat, zu einem Riesenmarkt für viele argentinische Produkte geworden, angefangen mit Wein. Aber der Zugang zum Binnenmarkt ist schwierig, auch wenn es keine Importhindernisse gibt. Vor einiger Zeit hat die Firma Alibaba, die Internet-Handel in gigantischem Umfang betreibt, angeboten, auch argentinische Produkte mit ihrem Netz zu vermarkten. Diese Gelegenheit sollte von lokalen Unternehmern genutzt werden.

Die Reform der WTO

Wichtig bei der Konferenz war die Entscheidung, die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) einzuleiten. Seit etwa zwei Jahrzehnten stockt die Liberalisierung des Außenhandels, die sich die WTO zum Grundziel gesetzt hat, und es bestehen unzählige ungelöste Konflikte. Die argentinische Regierung sollte die Reformbestrebungen nicht allein den USA, der EU und eventuell einigen anderen Staaten überlassen. Argentinien hat besondere Probleme, wie der absurde Zollschutz bei Rindfleischexporten in die EU, die außerhalb der Quoten getätigt werden, und auch der hohe Differenzialzoll zwischen einem Industrieprodukt und dem Rohstoff, mit dem es hergestellt wird. Doch in der Regierung befasst sich niemand mit dem Thema, das auch sonst unter lokalen Unternehmern und Wirtschaftlern nicht diskutiert wird.

Auslandsinvestitionen und -kredite

Macri hat gegenüber den Staatschefs stets den Wunsch ausgesprochen, Auslandsinvestitionen zu erhalten. Dies hängt jedoch nicht von diesen, sondern von den Unternehmern ab. Trump hat dabei schon eine staatliche Rückendeckung für bestimmte Investitionen über die OPIC gegeben, eine staatliche Institution, die Privatinvestitionen fördert und versichert. Und bei bestimmten Großinvestitionen auf dem Gebiet des Erdöls und der Energie im allgemeinen, spielt die Rückendeckung der US-Regierung gewiss eine Rolle.

Allein, wichtiger als Investitionen ist gegenwärtig der Zugang zum internationalen Kreditmarkt zu “normalen” Zinsen. Es wurde nicht bekannt, ob Macri das Thema angeschnitten hat. Einmal muss das Kreditproblem bei Investitionen gelöst werden, die im Rahmen des PPP-Systems der öffentlich-privaten Zusammenarbeit durchgeführt werden. Sofern sich überhaupt Kreditgeber finden, die bereit sind, einen Finanzierung zu stellen, ist der Zinssatz so hoch, dass die Rechnung nicht aufgeht. Wie jetzt bekannt wurde, hat Trump Kredite für u$s 250 Mio. für dieses Programm in Aussicht gestellt. Wie dies konkret aussieht, hat er nicht gesagt. Auch löst dieser Betrag das Gesamtproblem nicht.

Doch außerdem ist der Zugang zu Krediten notwendig, um die Defaultgefahr auszuschließen, die für die interna-

Weiterlesen

tionale Finanzwelt ab 2020 besteht. Es ist gewiss nicht viel, was Argentinien braucht; aber es muss schon jetzt bereit stehen, damit sich die Finanzwelt beruhigt.

Das Abkommen mit China

Am Sonntag, nachdem die allgemeinen Gespräche beendet waren, gab es ein Treffen von Macri mit Xi Jinping, das als Staatsbesuch außerhalb des G20-Gipfels eingestuft wurde. Dabei wurden 34 Abkommen abgeschlossen, die als Richtlinie für die bilateralen Beziehungen während der nächsten 5 Jahre gelten sollen. Für Argentinien ist das wichtigste Thema, den Export nach China stark zu erhöhen. Die bilaterale Handelsbilanz wies bis 2007 einen Überschuss für Argentinien aus, aber von da an ein zunehmendes Defizit, weil der Export nach China zurückging, vom Höhepunkt von u$s 6,6 Mrd. 2008 auf nur u$s 3,54 Mrd. 2018, während der Import von Waren aus China rasant zunahm, von nur u$s 743 Mio. 2003 auf u$s 12,55 Mrd. 2019. Ein Defizit von u$s 9 Mrd., wie es für 2018 erwartet wird, ist für Argentinien untragbar. Es besteht kein Zweifel, dass viele argentinische Produkte in China verkauft werden können, wobei Lieferungen von u$s 9 Mrd. in der riesigen chinesischen Wirtschaft keine große Bedeutung haben. Aber es erfordert eben viel Kleinarbeit und guten Willen der chinesischen Behörden, um Hindernisse zu beseitigen und den effektiven Zugang zum Markt zu bewerkstelligen. Merkwürdigerweise wurde jetzt nur der Kirschenexport erwähnt. Aber es kommen noch Pecan-Nüsse und allerlei andere Produkte hinzu.

Wichtig ist beim Gespräch der beiden Staatschefs, dass die vorgesehenen Atomkraftwerke, die China in Argentinien bauen und finanzieren sollte, zunächst bei Seite gelassen werden. Einmal sind sie sehr teuer (gemessen an den Kosten pro KW), dann verschuldet sich dabei Argentinien zusätzlich, und grundsätzlich sollten zuerst Windkraftwerke und Sonnenanlagen errichtet werden. In diesen Sinn wird China auch an der Erweiterung der Solaranlage auf dem Hochplateau von Jujuy mitwirken, so dass die Kapazität um 200 MW auf 500 MW erhöht wird. Das stellt eine Investition von u$s 350 Mio. dar.

Außerdem stellt China u$s 1,1 Mrd. für den Bau der Autobahn und der Verbesserung auf der Nationalstraße 5 bereit, die im Rahmen eines PPP-Vertrages erfolgt. Ebenfalls soll ein Kredit für weitere u$s 1,1 Mrd. in die Eisenbahn San Martín (Buenos Aires nach Mendoza) vergeben werden. Seit der Regierungsübernahme durch Macri hat China schon u$s 3,6 Mrd. für Argentinien bereitgestellt. Und jetzt kommt noch einmal soviel, und auch mehr, hinzu.

Ein Abkommen bezieht sich auch auf den Handel von Dienstleistungen, besonders auf dem Gebiet der Informatik. Hier hat Argentinien eine starke Stellung entwickelt, und dabei sind die Beziehungen mit China wichtig, da auch dieses Land in den letzten Jahren einen großen Fortschritt auf diesem Gebiet erreicht hat. Die Abkommen mit China enthalten noch viel mehr. Jetzt kommt es auf die mühsame Kleinarbeit an, um die Vereinbarungen in Fakten umzusetzen.

Zurück zum Inhalt Zum nächsten Artikel

Der lange Schatten der Politik

Von Juan E. Alemann

Die gegenwärtige Konjunktur wird von den Wahlen überschattet, die im Oktober 2019 stattfinden. Gläubiger, Investoren und Unternehmer allgemein befürchten eine Rückkehr zum Populismus, mit einem neuen Default und allerlei Problemen. Das erklärt die hohe Landesrisikorate, von über 700 Punkten (7 Prozentpunkte Differenz zwischen der Rendite argentinischer Staatstitel und US-Schatzscheinen), über die sich Macri am Wochenende gegenüber Christine Lagarde beklagt hat. Diese führte dies auf die Erinnerung des Megadefaults von 2001/02 zurück; aber in Wirklichkeit geht es um die Gefahr der Rückkehr zum Populismus und der Irrationalität.

Dass Macri die Wahl gewinnt ist gut möglich, aber eben nicht sicher. Auf alle Fälle muss er erreichen, dass die Wirtschaft zum Zeitpunkt der Wahlen kräftig wächst, so dass ein großer Teil der Wähler diesen Aufschwung nicht durch einen Regierungswechsel gefährden will. Voraussichtlich wird es effektiv so sein. Aber hundert Prozent sicher ist ein Wahlsieg von Macri dennoch nicht.

Bei den Wahlen treten grundsätzlich drei Gruppen auf: die Regierungskoalition Cambiemos, Unidad Popular von Cristina Kirchner und der traditionelle Justizialismus, der jetzt als föderaler oder rationeller Peronismus benannt wird. Als vierte Gruppe kommt die Erneuerungsfront von Sergio Massa, der jedoch schließlich kaum etwas übrig bleibt, als sich dem Justizialismus anzuschließen, zumindest in einer Stichwahl. Hinzu kommen kleine kommunistische Gruppen, die bei Wahlen keine große Bedeutung haben. Es wird davon ausgegangen, dass Macri bei einer Stichwahl mit Cristina K. gewinnt, weil diese sehr viele negative Stimmen aufweist, also von Wählern, die in der Zweitwahl für Macri stimmen, weil sie auf alle Fälle nicht wollen, dass Cristina zurückkehrt. Aber bei einer Wahl zwischen Macri und einem Kandidaten des historischen Peronismus, eine Alternative, die durchaus möglich ist, liegt der Fall anders. Dann würden voraussichtlich die Anhänger von Cristina und auch viele, die in der ersten Wahl für kommunistische Gruppen gestimmt haben, den peronistischen Kandidaten wählen, so dass dieser schließlich gewinnt.

Die Peronisten sind sich in letzter Zeit dieser Konstellation bewusst geworden. Es gab schon ein Treffen, an dem sich dieses Mal sieben Gouverneure und zwei Kongressmitglieder beteiligten, um der Partei konkrete Form zu geben und ein Programm aufzustellen. Dabei kommt auch die Haltung zum Ausdruck, die der ehemalige radikale Deputierte Raul Baglini in die Formel gefasst hat, dass die Nähe zu einer effektiven Regierungsübernahme die Politiker zu mehr Realismus führt, so dass sie von den üblichen Phantasien Abstand nehmen. Die peronistischen Gouverneure sind sich ohnehin bewusst, dass ihr Schicksal mit dem des Landes verbunden ist, und sind deshalb vorsichtig mit ihren Empfehlungen. Sie arbeiten über Innenminister Rogelio Frigerio eng mit der Bundesregierung zusammen, und sind sich über die Schwierigkeiten und konkreten Umstände bewusst, die die Wirtschaftspolitik bedingen.

Diese Peronisten wollen keine Katastrophe erben, die ihnen dann die Regierungstätigkeit erschwert. Sie sind sich darin einig, dass der Staat ohne primäres Defizit wirtschaften und eine finanzielle Aussicht ohne Defaultgefahr liefern muss. Was sie von Macri unterscheidet ist, dass sie für mehr Protektionismus und mehr direkte Staatsintervention eintreten. Das wären jedoch in der Praxis kleine Änderungen des Kurses, die die Wirtschaft ohne weiteres verkraften kann. Unterschwellig behaupten diese Peronisten auch, dass sie mit den Gewerkschaften besser

Weiterlesen

auskommen als Macri, und ihren Grenzen setzen können, wie es Menem schon gelungen ist.

Für den traditionellen Justizialismus wäre es am besten, wenn Cristina K. sich nicht als Kandidatin aufstellt. Dann könnten sie eventuell in der ersten Wahlrunde gewinnen. Doch Cristina braucht ihre Kandidatur, um einigermaßen sicher zu sein, dass sie nicht verurteilt wird, und eventuell eine Haftstrafe erhält. Denn von den zahlreichen Prozessen, die sich in Gang befinden, sind mehrere wirklich böse, so dass der zuständige Richter schließlich nicht umhin kommt, sie zu verurteilen, wie es das Strafgesetzbuch bestimmt. In diesem Sinn wäre es für diese Peronisten auch gut, wenn Cristina schon vor den Wahlen verurteilt wird, so dass sie sich eventuell nicht als Kandidatin aufstellen kann. Wie es bei Lula da Silva in Brasilien der Fall war.

Rein wahltechnisch ist es somit für Macri gut, wenn Cristina weiter im Rennen bleibt. Aber anderseits ist es für ihn und für Argentinien besser, wenn sie von der politischen Szene verschwindet, weil sie die Rückkehr zum Populismus und zur Irrationalität mit linkem Einschlag versinnbildlicht, und allein ihre Präsenz einen negativen Einfluss auf die gegenwärtige Konjunktur hat. Auch wenn Cristina jetzt ein vernünftiges Wirtschaftsprogramm vorlegt, ist dies nicht glaubhaft.

Es wäre auf alle Fälle sehr wichtig, wenn die traditionellen Peronisten, die jetzt versuchen eine organische Struktur aufzubauen und gelegentlich bestimmen werden, wer an der Spitze steht, so bald wie möglich ein Programm aufstellen, das vom Populismus Abstand nimmt und nicht alles über den Haufen wirft. Das würde beruhigend wirken, und zur Konjunkturerholung beitragen.

Zurück zum Inhalt